

27. Januar 1975

Verlegung der schweizerischen Botschaft von Köln nach Bonn. Bau eines Kanzleigebäudes

Politisches Departement. Antrag vom 16./23. Januar 1975
(Beilage)
Departement des Innern. Mitbericht vom 17./24. Januar 1975
(Zustimmung)
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 17./24. Januar 1975
(Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Das Schreiben an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats wird genehmigt (s. Beilage). Es ist durch das Politische Departement zuzustellen.

Mitteilung:

An die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats, durch das Politische Departement

Protokollauszug an:

- EPD 10 zum Vollzug
- EDI 8 (GS 3, D+B 5) zur Kenntnis
- FZD 9 zur Kenntnis
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Sawant

a.633.11 Bonn
 a.633.21 Bonn-Bad Godesberg -WIW/nu 3003 Bern, den 16. Januar 1975

Ausgeteilt

DRINGEND

A n d e n B u n d e s r a t

Verlegung der schweizerischen
 Botschaft von Köln nach Bonn

Bau eines Kanzleigebäudes

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates hat bekanntlich am 5. November 1974 beschlossen, die Vorlage über die Errichtung von Botschaftsgebäuden in Bonn/Bad Godesberg an den Bundesrat zurückzuweisen. Angesichts der prekären Finanzlage erhielt der Bundesrat gleichzeitig den Auftrag eine Lösung auszuarbeiten, bei der auf den Neubau der Residenz vorderhand verzichtet und das Projekt für ein Kanzleigebäude nochmals überprüft wird.

Mit der Direktion der eidgenössischen Bauten haben wir untersucht, ob am Projekt für das neue Kanzleigebäude nicht weitere Vereinfachungen gemacht und Einsparungen erzielt werden können.

Das Ergebnis unserer Abklärungen ist im beiliegenden Bericht zusammengefasst.

Gestützt hierauf beehren wir uns, zu

b e a n t r a g e n :

1. den beiliegenden Bericht an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates zu genehmigen;

2. den Vorsteher des Eidg. Politischen Departements zu ermächtigen, diesen Bericht an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates weiterzuleiten.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Beilage: Bericht z.H. der Kommission
für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates

Protokollauszug an:

- EPD 10
- EDI 8 (GS 3, DEB 5)
- FZD 9
- EFK 2
- Fin. Del. 2

a.633.11 Bonn
 a.633.21 Bonn-Bad Godesberg -WIW/nu 3003 Bern, den 23. Januar 1975

Ausgeteilt

DRINGEND

A n d e n B u n d e s r a t

Verlegung der schweizerischen
 Botschaft von Köln nach Bonn
Bau eines Kanzleigebäudes

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates hat bekanntlich am 5. November 1974 beschlossen, die Vorlage über die Errichtung von Botschaftsgebäuden in Bonn/Bad Godesberg an den Bundesrat zurückzuweisen. Angesichts der prekären Finanzlage erhielt der Bundesrat gleichzeitig den Auftrag eine Lösung auszuarbeiten, bei der auf den Neubau der Residenz vorderhand verzichtet und das Projekt für ein Kanzleigebäude nochmals überprüft wird.

Mit der Direktion der eidgenössischen Bauten haben wir untersucht, ob am Projekt für das neue Kanzleigebäude nicht weitere Vereinfachungen gemacht und Einsparungen erzielt werden können.

Das Ergebnis unserer Abklärungen ist im beiliegenden Briefentwurf zusammengefasst.

Gestützt hierauf beehren wir uns, zu

b e a n t r a g e n :

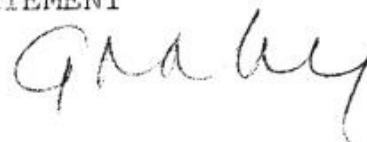
1. das Schreiben, gemäss beiliegendem Entwurf, ist an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates zu richten;

- 2 -

2. eine Kopie dieses Schreibens ist an die Mitglieder der eidgenössischen Räte zu ihrer Information zu richten.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES

DEPARTEMENT



Beilage: Briefentwurf

Protokollauszug an:

- EPD	10	
- EDI	8	(GS 3, DEB 5)
- FZD	9	
- EFK	2	
- Fin. Del.	2	

An die
Kommission für auswärtige Angelegenheiten
des Nationalrates
3003 B e r n

Bau eines Kanzleigebäudes in Bonn

Herr Präsident,
Sehr geehrte Herren,

Angesichts der schwierigen Finanzlage des Bundes haben Sie uns in der Sitzung vom 5. November eingeladen, die Auswirkungen einer Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt sowie die Möglichkeit einer Kostensenkung für den Bau des Kanzleigebäudes zu überprüfen.

Die vorläufige Zurückstellung einer Verlegung der Residenz von Köln nach Bonn-Bad Godesberg scheint annehmbar, obschon nicht ohne Nachteile. Die Direktion der eidgenössischen Bauten müsste demzufolge einen ersten Kredit von 1,3 Millionen Franken für dringliche Instandstellungsarbeiten in die Voranschläge 1976 und 1977 aufnehmen lassen (Erneuerung der Versorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie des Daches, Renovation der Nebenräume im Untergeschoss, der Heizungs- und Stromversorgungsanlagen u.a.m.).

In bezug auf den vorgesehenen Bau für die Kanzlei muss erwähnt werden, dass das Vorprojekt bereits einschneidend gekürzt worden war, um die Ausgaben auf den in der Botschaft vom 4. September 1974 vorgeschlagenen Betrag zu begrenzen. So haben wir verzichtet auf eine Attikawohnung für einen Diplomaten, drei kleine erdgeschossige Dienstwohnungen, eine Tiefgarage, zentrale Klimaanlage; auch die Raumreserve wurde reduziert. Mehrere dieser Abstriche sind wirtschaftlich unzweckmässig, doch Not wird zum Gebot.

Falls die Kommission weitere Kürzungen beim vorgeschlagenen Kredit vornehmen möchte, vertritt die Direktion der eidgenössischen Bauten die Meinung, dass durch zusätzliche bauliche Vereinfachungen, die Verwendung anderer Baumaterialien und die Kürzung des Postens "Unvorhergesehenes" eine weitere Einsparung von Fr. 588'000.-- möglich wäre. Auch könnten die Auslagen für die Einrichtung der Büros um Fr. 188'000.-- gekürzt werden. Andererseits ist heute die Kursentwicklung günstiger als im Juli 1974, woraus sich eine weitere Einsparung von Fr. 874'000.-- ergibt.

Sollte die Kommission in diesem Sinne entscheiden, ergäbe sich eine Globalreduktion von Fr. 1'650'000.--, oder ca. 17 %. Die Beträge wären somit folgende:

	<u>Botschaft vom 4.9.1974:</u>	<u>Kommission:</u>
Baukosten	Fr. 8'687'000.--	Fr.7'225'000.--
Mobiliar	Fr. 538'000.--	Fr. 350'000.--
	<u>-----</u>	<u>-----</u>
Total	Fr. 9'225'000.--	Fr.7'575'000.--
	<u>=====</u>	<u>=====</u>

Sollten Ihre Kommission oder die Bundesversammlung auch das neu überarbeitete Kanzleibauprojekt nicht genehmigen, so wird als Folge der mehrjährigen Verzögerung ein Aufwand von drei Millionen Franken nur für die dringlichste bauliche Sanierung der alten Kanzleiliegenschaft investiert werden müssen.

In diesem Zusammenhang sei auch hier erneut darauf hingewiesen, dass das zu Beginn dieses Jahrhunderts errichtete Gebäude vorbehaltlos als Abbruchobjekt bezeichnet werden muss. Nachdem seit 1963 die Absicht besteht, in Bonn einen Neubau zu erstellen, wurden die Unterhaltsarbeiten drastisch eingeschränkt.

Der Grund der Baufälligkeit liegt indessen nicht nur im ungenügenden Unterhalt, sondern insbesondere in der völligen Ueberalterung der Versorgungs- und Entsorgungsanlagen, der komplizierten Dachausbildung mit unzweckmässigen Durchdringungen, Aufbauten usw.

Ein weiterer wesentlicher Nachteil liegt in den überdimensionierten Raumgestaltungen, die zu unverantwortbaren Heiz- und Betriebskosten führen und einen einigermaßen vernünftigen Arbeitsablauf verunmöglichen. Ferner sind die für die Sicherheit heute geforderten Massnahmen nicht zu erfüllen.

Bei der Beurteilung der Baukosten für die neue Kanzlei ist folgendes zu berücksichtigen: einerseits der Wegfall der hohen Instandstellungskosten für das heutige Gebäude, die sich, gemäss den durch die zuständigen Dienststellen vorgenommenen Berechnungen, auf wenigstens 3 Mio. Franken belaufen würden, einschliesslich der ohnehin unumgänglichen Erneuerung der Büroeinrichtung und andererseits der Verkaufserlös der Parzelle, auf welcher sich diese Liegenschaft befindet, der gegenwärtig etwa 3 Mio. Franken einbringen dürfte. Der Neubau in Bonn verursacht für den Bundeshaushalt, rein finanziell betrachtet, Nettokosten in der Grössenordnung von 1'675'000 Franken (Wechselkurs vom 22.1.1975). Angesichts der Bedeutung dieses Bauvorhabens stellt diese Auslage schon heute eine wirtschaftlich vorteilhafte Investition dar.

Wir möchten nicht unterlassen, Sie noch auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass die Baukosten in der Region Bonn wesentlich höher sind als in unserem Lande. Die heute auf 7,225 Mio. geschätzten Baukosten würden, wenn bei uns ausgeführt, auf ca. 4,5 Mio. zu stehen kommen.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Bern, den 12. Februar 1975

BIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

(Graber)

A la
Commission des affaires étrangères
du Conseil national

3003 B e r n e

Construction d'un bâtiment
de chancellerie à Bonn

Monsieur le Président,
Messieurs,

En raison de la situation financière difficile de la Confédération, vous nous avez demandé, lors de votre séance du 5 novembre, d'examiner les conséquences d'un renvoi à plus tard de la construction de la résidence et la possibilité de réduire le coût de la construction de la chancellerie.

Le renvoi à plus tard du transfert de la résidence de Cologne à Bonn-Bad Godesberg paraît acceptable, même s'il ne va pas sans inconvénients. La Direction des constructions fédérales devrait alors demander qu'un premier montant total de 1,3 millions de francs soit porté aux budgets 1976 et 1977 pour des travaux de réfection urgents (renouvellement des installations d'adduction et d'évacuation, de la toiture, réfection des pièces situées au sous-sol, des installations de chauffage et d'alimentation en courant électrique, etc.).

A propos de l'immeuble prévu pour la chancellerie, il faut rappeler que l'avant-projet avait été déjà sérieusement amputé pour ramener la dépense au montant proposé dans le message du 4 septembre 1974. C'est ainsi qu'on avait renoncé à construire un attique avec appartement pour un diplomate, à trois petits

./.

logements de service sur un étage, à un garage souterrain, à une installation centrale de climatisation et qu'on avait réduit la surface de réserve. Plusieurs de ces suppressions sont irrationnelles du point de vue économique, mais nécessité fait loi.

Si la Commission désire diminuer encore le crédit demandé pour l'immeuble de la chancellerie, la Direction des constructions fédérales pense que certaines simplifications supplémentaires apportées à la construction, que le recours à certains matériaux de moindre prix et que la réduction du poste "imprévu" permettraient une économie de frs 588'000.--. On pourrait aussi diminuer de frs 188'000.- la dépense envisagée pour l'aménagement des bureaux. D'autre part, le cours du change est aujourd'hui beaucoup plus favorable qu'en juillet 1974. Il en résulte une économie de frs 874'000.--.

Si la Commission en décidait ainsi, il en résulterait alors une réduction globale de frs 1'650'000.--, soit d'environ 17 %, les chiffres se présentant comme il suit:

	<u>Message du 4.9.1974</u>	<u>Commission</u>
frais de construction	frs 8'687'000.-	frs 7'225'000.-
mobilier	" 538'000.-	" 350'000.-
	<u>frs 9'225'000.-</u>	<u>frs 7'575'000.-</u>
total	<u>frs 9'225'000.-</u>	<u>frs 7'575'000.-</u>

Dans l'hypothèse où votre Commission ou l'Assemblée fédérale ne seraient pas en mesure d'approuver le projet de construction de la chancellerie, le retard de plusieurs années aurait pour conséquence qu'il faudrait alors consacrer au moins trois millions aux réfections les plus urgentes de l'ancien immeuble de la chancellerie.

./.

Dans ce contexte, il faut également relever ici que ce bâtiment, construit au début de ce siècle, doit être considéré purement et simplement comme un objet de démolition. Du fait que depuis 1963 il était prévu de construire un nouvel immeuble à Bonn, les travaux d'entretien ont été réduits au maximum.

L'état de délabrement n'est cependant pas dû à un entretien insuffisant, mais plus particulièrement à la décrépitude complète des installations d'adduction et d'évacuation, à la conception compliquée et désuète du toit avec ses pénétrations obliques et encombrantes, à ses adjonctions etc.

La répartition des pièces, par ailleurs surdimensionnées, est un autre désavantage qui entraîne des frais de chauffage et d'exploitation démesurés et, de plus, rend difficile une organisation rationnelle du travail. Enfin, il n'est pas possible de réaliser les mesures de sécurité aujourd'hui exigées.

Dans l'appréciation du coût de construction de la nouvelle chancellerie, il faut d'une part tenir compte de la suppression des frais de rénovation élevés de l'immeuble actuel qui atteindraient, selon les estimations des services compétents, 3 millions de francs au moins, y compris le renouvellement du mobilier des bureaux devenu inévitable et, d'autre part du produit de la vente de la parcelle sur laquelle se trouve cet immeuble, qui aujourd'hui devrait rapporter à la trésorerie environ 3 millions de francs. Dans ces conditions, la nouvelle construction à Bonn représente pour le ménage de la Confédération, vue sous l'aspect purement financier, une dépense nette de l'ordre de 1'675'000 francs (change au cours du 22.1.1975). Compte tenu de l'importance du projet de construction, cette dépense représente déjà aujourd'hui un investissement économiquement avantageux.

Nous ne voudrions pas manquer d'attirer encore votre attention sur le fait que le coût de la construction est beaucoup

./.

- 4 -

plus élevé dans la région de Bonn que dans notre pays. Réalisée chez nous, la construction telle qu'elle est estimée à 7,225 mio aujourd'hui, entraînerait une dépense d'environ 4,5 mio.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Messieurs, les assurances de notre haute considération.

Berne, le 12 février 1975

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

(Graber)